

Wunder am Rhein

FINANZEN I Wie das überschuldete Monheim die Gewerbesteuer radikal senkte und viele Firmen anlockte. Jetzt ist die Stadt schuldenfrei und muss sich vieler Neider erwehren



Reich durch Steuersenkung: Ein Blick auf die neugestaltete Monheimer Krischerstraße. Die städtische Kämmerin Sabine Noll (von links), Wirtschaftsförderungschefin Estelle Dageroth und Bürgermeister Daniel Zimmermann haben den Gewerbesteuersatz zum 1. Januar 2016 auf 265 Punkte gesenkt. © Stadt Monheim am Rhein

Das Plakat signalisierte Protest: „Vier Kitas in Planung – und wo bleiben wir?“, hieß es auf der Papppe, die aufgebracht Mütter Ende Februar den Kommunalpolitikern des Jugendhilfeausschusses entgegenstreckten. Seit fast einem Jahr muss ihr Kindergarten ohne Küche, ohne Toiletten, ohne Gruppenräume auskommen. Die Ursache ist klar: Schaden durch einen Wasserrohrbruch. Doch über die Übernahme der Sanierungskosten streiten der Gebäudeversicherer und die Stadt Monheim am Rhein miteinander, Gutachter und Juristen inklusive. So etwas dauert.

Der Alte Markt in Monheim muss renoviert werden. Auch hier protestierten 3.500 Anwohner per Unterschrift für den Erhalt von sieben Kugelakazien. Erst als der Bürgermeister sieben Linden als Ersatz für die erkrankten Bäume versprach, waren die meisten Bürger beruhigt. Über das Pflaster gibt es nach wie vor erregte Debatten.

Die beiden Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit belegen: Monheim ist kaum anders als die meisten der 11.000 deutschen Gemeinden. Dennoch macht die rund 40.000 Einwohner große Stadt im Kreis Mettmann, zwischen Düsseldorf und Köln gelegen, seit vier Jahren Schlagzeilen. Das „Wunder von Monheim“: Von einer hoch verschuldeten Kommune mit Nothaushalt hat es Monheim innerhalb von knapp zwei Jahren nicht bloß zur Schuldenfreiheit gebracht. Es gibt eine Rücklage von 115 Millionen Euro und die Stadt kaufte sämtliche Anteile des örtlichen

Strom- und Gas-Versorgers zurück, der nun Monheim mit einem ultraschnellen Glasfasernetz ausstatten soll.

Unerwartete Nachzahlung Das Wunder von Monheim begann im Jahr 2011. Mehrere große Gewerbesteuerzahler der Stadt mussten nachzahlen – rund 40 Millionen Euro, was dem Monheimer Etat einen unerwarteten Haushaltsüberschuss beschert. „Diesen Effekt wollten wir nicht einfach so verpuffen lassen“, sagt Bürgermeister Daniel Zimmermann, 33. „So entstand die Idee, die Gewerbesteuer in Monheim am Rhein derart stark zu senken, dass wir für zusätzliche Gewerbesteuerzahler attraktiv würden.“ Bürgermeister Zimmermann kommt aus der lokalen Jugendpartei „Peto“, lateinisch „Ich fordere“, die innerhalb von nur zwei Legislaturperioden die Ratsmehrheit von der CDU erobert hat. Der junge Bürgermeister Zimmermann und der damalige Stadtkämmerer Max Herrmann – ein Fahrersmann kurz vor der Pensionsgrenze – luden die Fraktionsspitzen des Rates ein und schlugen ihnen einen Handel vor: Sie wollten für zusätzliche Gewerbesteuerzahler in Monheim sorgen, im Gegenzug sollten die Parteien verbindlich zu sagen, 2012 den Gewerbesteuerhebesatz radikal zu senken – von einem Hebesatz von 475 auf 300 Punkten. Manch einer in der Runde

widersprach nicht, weil er das für unmöglich hielt. Also galt die Verabredung. „Nun müssen wir Vertrauen bei den Unternehmen aufbauen“, erinnert sich Zimmermann. Um den Verdacht eines kurzfristigen Lockangebots zu entkräften, präsentierte er Berechnungen für die kommenden zehn Jahre. Zunächst skeptische Unternehmer verwandelten sich in Türöffner. „Wir haben zahlreiche Termine durch Mund-zu-Mund-Propaganda bekommen“, sagt Zimmermann rückblickend. Bis zur spektakulären Steuerwende erzielte Monheim Jahr für Jahr Gewerbesteuererhöhungen von rund 20 Millionen Euro. Für 2012 hatten Kämmerer Herrmann und Zimmermann knapp 150 Millionen Euro an Gewerbesteuererhöhungen eingeplant. Also senkte Monheim im März 2012 die Gewerbesteuer rückwirkend zum 1. Januar 2012 auf einen Hebesatz von 300 Punkten. Das war der niedrigste Wert in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg und Brandenburg gibt es einige Dutzend ähnlich steuerünstige Kommunen. Im europäischen Vergleich reicht dies bestenfalls für einen Platz im Mittelfeld.

2014 schraubte Monheim den Hebesatz auf 285, 2016 auf 265 Punkte. Um auch den Bürgern etwas zu Gute kommen zu lassen, wurden zugleich die Grundsteuern verringert. Kita-Plätze stellt Monheim kostenfrei bereit.

Rund 300 Unternehmen siedelten sich nach den Steuersenkungen in Monheim an.

Die günstigen Gewerbesteuern zeigten Wirkung. Zum Stichtag 30. Dezember 2011 waren 2.403 Unternehmen in Monheim registriert. Zum Stichtag 20. Oktober 2015 erhöhte sich die Zahl der Unternehmen auf 2.698. 295 neue in Monheim angesiedelte Unternehmen entsprechen einem Zuwachs um 12,3 Prozent. Mit der Hilfe der frischen Steuergelder konnten die städtischen Schulden rasch abgebaut werden. Mitte Juni 2013 feierte Monheim am Rhein die faktische Schuldenfreiheit im Rahmen eines großen Stadtfestes. Feierlich wurden die letzten Schuldpapiere auf offener Bühne an den Bürgermeister zurückgegeben.

Gleichzeitig mussten sich die Stadtvordere der immer heftiger werdenden Kommentaren der politischen Gegner erwehren. Der damalige SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sprach mehrfach von einer „Steueroase mitten in NRW“. Andere Politiker befürchteten, Monheim kannelisiere in der unmittelbaren Nachbarschaft. Gegen solche üble Nachrede verweist Bürgermeister Zimmermann darauf, dass die 20 größten Gewerbesteuerzahler den Großteil der Gewerbesteuererhöhungen Monheims bezahlten. Von ihnen seien zwölf aus anderen Bundesländern oder dem Ausland nach Monheim gezogen. Die Stadt sieht sich in einem europäischen Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und nicht auf einem Beutezug um einzelne Handwerker aus angrenzenden Gemarkungen.

Die Vorwürfe eines ruinösen Steuerwettbewerbs sind mittlerweile durch Untersuchungen widerlegt worden. So weist Jens Lemmer in seiner Studie für das Deutsche Steuer-

zahlerinstitut, DSI, zum „Wunder von Monheim“ darauf, dass die Stadt den mittlerweile größten Teil ihrer Steuereinnahmen über den kommunalen Finanzausgleich an andere Körperschaften abführen müsse. Ein Teil geht im Rahmen der Kreisumlage an den Kreis Mettmann, der durch das nun finanzstarke Monheim seine Umlage von 41,8 Prozent im Jahr 2012 auf 35,4 Prozent im Jahr 2014 senken konnte. Das bedeutet eine Entlastung um 15 Prozent für Monheims Nachbargemeinden.

Zahlmeister Und auch beim „Kommunal-Soli“, initiiert von der rot-grünen Landesregierung in NRW zur Stützung notleidender Ruhrgebietsstädte, ist das kleine Monheim der Hauptzahlmeister – noch vor der Landeshauptstadt Düsseldorf. Am Ende muss Monheim von jedem über die Gewerbesteuer eingenommenen Euro 80 Cent an andere abgeben. Monheim klagt derzeit zusammen mit weiteren Städten gegen die NRW-Umlage, die aus Sicht der Zahlenstädte einen Eingriff in die kommunale Selbstbestimmung über die Einnahme darstellt (Art. 106 GG).

Eine aktuelle Studie des ifo-Instituts untersucht, wie die anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen auf Monheim Hebesatzpolitik reagieren. Im Rahmen einer Regressionsanalyse berücksichtigen die Autoren neben der Entfernung zu Monheim und der Hebe-

satzentwicklung in den anderen Gemeinden auch verschiedene sozioökonomische Faktoren (wie Wirtschaftskraft, Arbeitslosenquote und Schuldenstand). Dabei zeigt sich, dass die Hebesatzsenkungen in Monheim zwar nicht zu einem Steuersenkungswettbewerb in Nordrhein-Westfalen geführt haben. Die Steuerpolitik Monheims wirkt jedoch offenbar disziplinierend auf die Nachbargemeinden. So steigt die Wahrscheinlichkeit stabiler oder sinkender Gewerbesteuererhöhungen mit der räumlichen Nähe einer Gemeinde zu Monheim. Aktuell diskutiert Dormagen über niedrigere Gewerbesteuererhöhungen – die Monheim am Rheinufer vis-a-vis gegenüberliegende Stadt. Zudem stellen die Wissenschaftler fest, dass die Gewerbesteuererhöhungen im näheren Umfeld von Monheim weniger stark steigen als im Rest von NRW.

Wie viele Fortsetzungen soll Monheim bekommen? Die absolute, durch das Gewerbesteuergesetz festgelegte Hebesatzgrenze liegt bei 200 Punkten. „Mein Ziel ist es, die Steuerlast für in Monheim ansässige Firmen auf unter 25 Prozent zu drücken“, sagt Bürgermeister Zimmermann. Beim derzeitigen Hebesatz von 265 Punkten liegt diese Steuerquote bei 25,1 Prozent. Dirk Neubauer

Der Großteil der Mehreinnahmen muss über den Finanzausgleich abgeführt werden.

Der Autor ist freier Politik- und Wirtschaftsjournalist in Düsseldorf.

Zwischen Millionen-Überschüssen und leeren Kassen

FINANZEN II Es gibt enorme Disparitäten zwischen reichen und armen Kommunen. Vor allem die Sozialausgaben steigen flächendeckend. Ein Blick auf Ausgaben und Einnahmen

Der Putz bröckelte von den Wänden, durch die Fenster zog es und die Sanitäranlagen waren eigentlich unzumutbar – dennoch musste Schulleiter Ralf Drögemöller Eltern, Lehrer und Schüler fünf Jahre lang hinhalten. Dann erst gab es Handwerker-Aufträge zur Sanierung der Grundschule Rufsheide in Bielefeld. Und das war nur eine von vielen renovierungsbedürftigen Schulen in einer von vielen finanziell klammen Städten in Deutschland.

Da wirkt es wie die Nachricht aus einer auf dem Kopf stehenden Parallelwelt, wenn das Statistische Bundesamt für 2012 bis 2014 verkündet: Die kommunalen Kernhaushalte hätten mit einem Überschuss von 4,6 Milliarden Euro abgeschnitten. Dabei ist das nicht einmal ein statistischer Ausreißer. In neun der vergangenen 15 Jahre erwirtschafteten die Kommunen Überschüsse. Zum Vergleich: Dem Bund gelang der Etaausgleich 2014 – zum ersten Mal seit 1970. Die Bundesländer meldeten zwischen 1970 und 2014 nur drei Mal schwarze Zahlen: 2007, 2008 und 2014.

Der Rückblick zeigt: Mit deutschlandweiten Durchschnittswerten werden Einnahmen und Ausgaben, Schulden und Investitionsstau in den Kommunen verschleiert und nicht analysiert. Zu unterschiedlich sind die realen Lebensverhältnisse. Im Jahr 2014 waren die Kommunen in sieben Bundesländern im Plus, in sechs im Minus. Wie die Bertels-

mann-Stiftung zusammentrug, reichte der Finanzierungsaldo von minus 319 Euro pro Bürger in Saarland bis plus 127 Euro je bayerischem Ureinwohner. Solch enorme Disparitäten fallen unter den Tisch, wenn Durchschnittswerte gebildet werden.

Auf der Ausgabe Seite gibt es einen einheitlichen Deutschlandtrend: Die Sozialausgaben steigen rasch und flächendeckend. Sie betragen 2014 rund 78 Milliarden Euro, das sind gut 40 Prozent aller städtischen Gesamtausgaben. Auch dies ist bloß ein Durchschnittswert. Je strukturschwächer eine Region ist, desto höher wird der Anteil der Sozialausgaben. Für Städte wie Duisburg oder Hagen nennt die Bertelsmann-Stiftung einen Wert von mehr als 50 Prozent.

Niveau und Struktur der Ausgaben aber müssen allerdings wieder Bundesland für Bundesland betrachtet werden. Zu unterschiedlich ist der Kommunalisierungsgrad staatlicher Aufgaben, als dass eine Stadt in der norddeutschen Tiefebene einfach so verglichen werden könnte mit einem Pendant im Hochschwarzwald. Soviel lässt sich für 2014 sagen: Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit rund 3.000 Euro, die

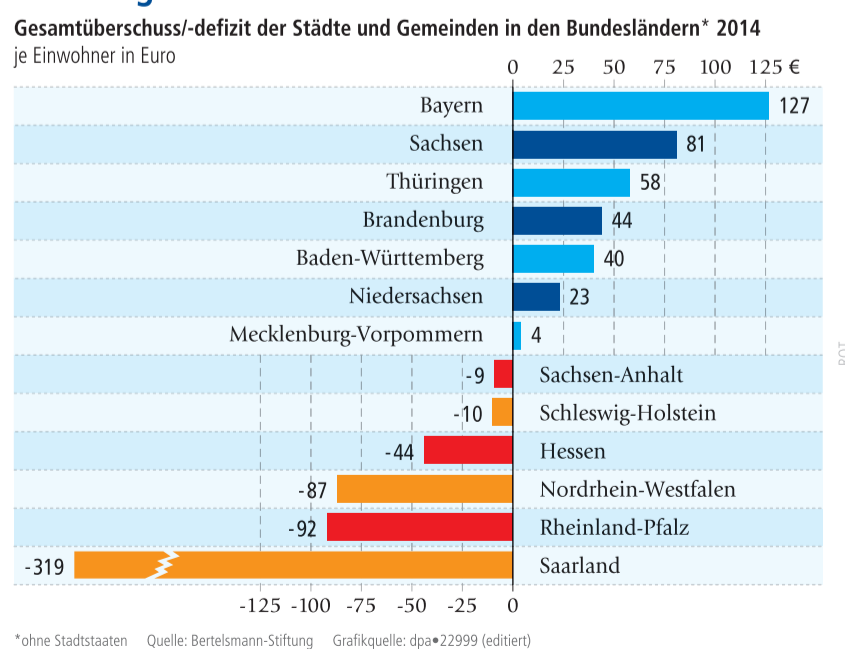
niedrigsten solche in Thüringen mit 2.300 Euro pro Einwohner.

Das eingangs erwähnte Schulbeispiel steht exemplarisch für einen enormen Investitionsstau auf kommunaler Ebene. Marode Schulen, kaputte Straße, löchrige Abwasserkanäle summieren laut dem Kommunalpanel der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, zu einer Gesamtsumme von rund 132 Milliarden Euro auf. Vor diesem Hintergrund müssen jene fünf Milliarden Euro bewertet werden, die der Bund den Kommunen bis 2018 zugesagt hat. Investitionen und Personalausgaben sind neben den Sozialkosten die größten Posten auf der kommunalen Ausgabe Seite.

Die nach Zahl und Bedeutung herausragende Einnahmequelle sind die gemeindlichen Steuereinnahmen. Hierzu zählen die Gewerbe- und Grundsteuer, deren Höhe die Kommunen über die Hebesätze selbst festlegen. Dabei haben finanzwirtschaftliche Untersuchungen gezeigt, dass Kämmerer und Regierende in den Städten oftmals dem Landesdurchschnitt wie einem Geleitzug folgen und nur selten versuchen, sich über einen Steuerwettbewerb von anderen Kommunen abzusetzen. Von den Einnahmen zur

Der Investitionsstau in Städten und Gemeinden beträgt 132 Milliarden Euro.

Finanzlage deutscher Kommunen



Gewerbe- und Grundsteuer müssen die Kommunen Ausgleichszahlungen für schwache Kommunen leisten. Daneben stehen den Städten und Gemeinden direkte Beteiligungen in Höhe von 15 Prozent am Aufkommen der Einkommen-

steuer, zwölf Prozent am Aufkommen der Abgeltungssteuer und 2,2 Prozent an der Umsatzsteuer zu. Alles zusammen macht im Mittel etwa 40 Prozent der Einnahmen aus. Die ostdeutschen Gemeinden hinken bei der Steuerkraft hinter den westdeutschen Ge-

meinden her – sie bringen es wie beim Bruttoinlandsprodukt auf etwa 60 Prozent. Die Steuerkönige sitzen in Hessen und Bayern mit 1.300 Euro Einnahmen pro Einwohner – was mehr als dem Doppelten dessen entspricht was in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern auf den Habenseiten erscheint. Die zweitwichtigste Einnahmequelle für Kommunen sind die Zuweisungen aus den Länderhaushalten. Diese sind entweder an bestimmte Zwecke gebunden oder frei verwendbar – da gibt es je nach Bundesland in Höhe und Ausgestaltung starke Unterschiede. Abgaben und Gebühren sind der dritte große Posten, der den Kämmerern Bares in die Kassen bringt. Allerdings freuen sich die Bürgermeister bereits, wenn Gebühren und Beiträge den Aufwand für eine kommunale Leistung decken. Die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (früher Ernst & Young) hat im vergangenen Jahr 300 deutsche Kommunen mit mindestens 20.000 Einwohnern befragt. Dabei gaben vier von fünf Städten an, dass sie die Gebühren erhöhen wollen. Zu allererst wurden dabei Kita- und Friedhofsgebühren genannt. I dn

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

